Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/2085

08.11.82

Sachgebiet 7

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Engelsberger, Frau Hoffmann (Soltau), Dr. Olderog, Dr. Jobst, Dörflinger, Tillmann, Frau Pack, Neuhaus, Dr. George, Hinsken, Pohlmann, Zierer, Magin, Kittelmann, Kiechle, Kolb, Dr. Jenninger und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/1815 —

Fremdenverkehrspolitik

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft – II A 2 – 02 90 02/1 – hat mit Schreiben vom 5. November 1982 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Die Bundesregierung hat in ihrem Bericht „Tourismus in der Bundesrepublik Deutschland – Grundlagen und Ziele" – Drucksache 7/3840 von 1975 – die mittelfristig angelegte Zielsetzung ihrer Tourismuspolitik

— Sicherung der für eine kontinuierliche Entwicklung des Tourismus erforderlichen Rahmenbedingungen,

— Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Fremdenverkehrswirtschaft,

— Verbesserung der Möglichkeiten für die Teilnahme breiter Bevölkerungsschichten am Tourismus,

— Ausbau der internationalen Zusammenarbeit im Tourismus

dargelegt und 1979 über den Stand der Durchführung dieser Tourismuspolitik berichtet – Drucksache 8/2805. An dieser Zielsetzung, die sie in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und der Fremdenverkehrswirtschaft zu verwirklichen sucht, hält die Bundesregierung auch unter derzeit veränderten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen fest.

Auch in der jetzigen Phase einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Tourismusnachfrage bisher als recht

stabil erwiesen und die auch von der Wissenschaft vertretene Annahme gestützt, daß Urlaubsreisen für einen sehr großen Teil unserer Bevölkerung zu einem wichtigen Bestandteil ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisskala geworden sind. Von Sonderentwicklungen in der Kur- und Heilbädernachfrage abgesehen, ist die Zahl der Urlaubstouristen nur wenig zurückgegangen. Zwar hat die Zahl derjenigen, die zwei und mehr Urlaubsreisen in einem Jahr unternehmen, stärker abgenommen, zugleich hat jedoch die Zahl der Kurzreisen (bis zu vier Übernachtungen) deutlich zugenommen.

Der Fremdenverkehr bleibt für viele deutsche Regionen ein wichtiger und unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor. Er wird nach Überwindung der gegenwärtigen Phase der Wirtschaftsentwicklung in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen. Zwar wird sich der Wettbewerb zwischen den Fremdenverkehrsgebieten im In- und Ausland noch verstärken, die deutschen Fremdenverkehrsgebiete können jedoch verbesserte Chancen im Verhältnis zum Ausland nutzen. Höhere Reisekosten können eine Hinwendung zu kürzeren Reiseentfernungen und damit auch zum Inlandsurlaub bewirken.

1. Welchen Stellenwert hat der Fremdenverkehr in unserer Volkswirtschaft inzwischen erreicht? Wie hoch ist die Zahl der Personen, die direkt oder indirekt vom Tourismus ihr Einkommen beziehen?

Den Stellenwert des Tourismus in unserer Volkswirtschaft quantitativ, etwa in einem Verhältnis zum Sozialprodukt auszudrücken, ist nicht möglich. Eine zuverlässige Zurechnung wirtschaftlicher Betätigungen als Beitrag des Tourismus zum Sozialprodukt scheitert an der Tatsache, daß die mit dem Fremdenverkehr zusammenhängenden wirtschaftlichen Vorgänge in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in den verschiedensten Wirtschaftsbereichen enthalten sind und gesondert nicht ausgewiesen werden können. Auch von der Verwendungsseite des Sozialprodukts her ist es nicht möglich, die Ausgaben für den Fremdenverkehr getrennt nachzuweisen, da die Aufwendungen, insbesondere der privaten Haushalte, nicht tief genug gegliedert werden.

Die Bundesregierung hat deshalb in ihrem Bericht von 1975 – Drucksache 7/3840 – durch eine Schätzung deutlich zu machen versucht, in welchem Maße Produktion und Beschäftigung in ausgewählten Bereichen direkt oder indirekt vom Tourismus abhängen. Die seinerzeit genannte Größenordnung von etwa 1,5 Mio. Arbeitsplätzen dürfte sich seither noch leicht erhöht haben; eine möglicherweise im Kurbereich unvermeidliche Freisetzung von Arbeitskräften vermag die Gesamtzahl nicht nennenswert zu beeinflussen.

2. Wie hat sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung – Rezession und relativ hohe Arbeitslosigkeit – bisher auf das Urlaubsverhalten der Deutschen ausgewirkt, und welche Prognosen lassen sich für die kommenden Jahre stellen?

Nach den Ergebnissen der Mikrozensuserhebung des Statistischen Bundesamtes über Urlaubs- und Erholungsreisen ist im Erhebungszeitraum vom 1. April 1979 bis 31. März 1980 mit 38,9 Mio. Urlaubsreisen bei einer Reisebeteiligung von 49,9 v. H. der Gesamtbevölkerung nach Jahren ständigen Wachstums absolut und relativ ein Höchststand des deutschen Urlaubstourismus erreicht worden. Im Vergleichsjahr 1980/81 ist die Reisebeteiligung auf 48 v. H. der Bevölkerung mit insgesamt 37,3 Mio. Urlaubsreisen, also um 1,6 Mio. Reisen oder 4,1 v. H. zurückgegangen. Gleichzeitig haben kürzere Erholungsreisen (bis zu vier Übernachtungen) deutlich zugenommen. Für 1981 und 1982 lassen erste Erkenntnisse auf eine Stabilisierung des Urlaubstourismus auf hohem Niveau schließen.

Zurückgegangen ist nach Feststellungen der OECD vor allem der Aufenthalt deutscher Urlauber im Ausland um etwa 3 v. H. Im Inland dürfte der Urlaubstourismus unter Einschluß der kurzen Erholungsreisen bis 1981 keinen Einbruch erfahren haben. 1980 wurde bei den Übernachtungen von Inländern in Beherbergungseinrichtungen (ohne Campingplätze, Jugendherbergen, Kinderheime) ein Zuwachs von 1,9 v. H. festgestellt, 1981 – bei durch die Novellierung des Beherbergungsstatistikgesetzes verändertem Berichtskreis – eine Zunahme von 0,4 v. H. Die etwas geringere Nachfrage nach Urlaubsreisen, vor allem aber das deutlich größer gewordene Preisbewußtsein der deutschen Urlauber und ihr Streben nach Urlaubsaufenthalten ohne umfangreiche Serviceleistungen, sind sicherlich von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in jüngster Zeit mit beeinflußt. Nach Überwindung der derzeitigen Phase einer schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung rechnet die Bundesregierung mit einer neuerlichen anhaltenden Belebung der Tourismusnachfrage. Hierfür spricht allein schon die Tatsache, daß der Anspruch der abhängig Beschäftigten auf Urlaub vom Arbeitsplatz in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist und diese Entwicklung auf längere Sicht noch nicht abgeschlossen sein dürfte.

3. Wieviel Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland verbringen ihren Urlaub außerhalb ihres Wohnorts?

   Wie viele können sich zusätzlich eine zweite oder dritte Urlaubsreise leisten? Wie verteilen sich die Urlaubsreisen der Deutschen auf das Inland und auf das Ausland?

In der Zeit von April 1980 bis März 1981 haben insgesamt 29,6 Mio. Einwohner der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin wenigstens eine Urlaubsreise von fünf Tagen oder längerer Dauer gemacht. Das sind 48 v. H. der gesamten Wohnbevölkerung. Zehn Jahre zuvor waren es erst 23 Mio. Einwohner oder rd. 38 v. H. der Gesamtbevölkerung.

Von den insgesamt 29,6 Mio. Urlaubsreisenden 1980/81 haben 5,7 Mio., das sind 19 v.H. aller Urlaubsreisenden, wenigstens zwei Reisen, davon wiederum 1,4 Mio. drei oder mehr Urlaubsreisen im selben Jahreszeitraum gemacht. Insgesamt sind 1980/81 rd. 37,3 Mio. Urlaubsreisen (ohne Erholungsreisen von kürzerer Dauer) unternommen worden.

Von allen Urlaubsreisen 1980/81 gingen 22 Mio. Reisen, das sind 59 v.H., ins Ausland und 15,3 Mio., das sind 41 v.H., zu Reisezielen im Inland (einschließlich DDR). 1970 war das Verhältnis von Inlandsreisen und Auslandsreisen noch umgekehrt: 16,4 Mio. Reisen oder 57 v.H. waren Inlandsurlaubsreisen; 12,1 Mio. (43 v.H.) waren Urlaubsreisen ins Ausland.

4. Welche Bedeutung kommt dem Familienurlaub zu? Welches Gewicht hat hierbei insbesondere der „Urlaub auf dem Bauernhof"?

Eine Sonderauswertung der Ergebnisse der Mikrozensuserhebung über Urlaubs- und Erholungsreisen 1980/81 durch das Statistische Bundesamt hat ergeben, daß Familien mit Kindern bis zu 18 Jahren am Urlaubstourismus zu 60 v.H. teilnehmen. Diese hohe Beteiligung der Familien am Urlaubstourismus kann allerdings nicht unmittelbar mit der durchschnittlichen Reiseintensität der Bevölkerung (48 v.H.) verglichen werden, weil nicht bei allen Reisen sämtliche Familienmitglieder teilnehmen.

45 v.H. der Familien machen mindestens eine Urlaubsreise mit ihren Kindern. In geringerem Maße verreisen Alleinerziehende mit Kindern (34 v.H.) und Familien mit drei und mehr Kindern (35 v.H.).

Nach Schätzungen, die auch diejenigen Familien einschließen, die nicht in jedem Jahr verreisen, dürften etwa rd. 75 v.H. aller Familien am Urlaubstourismus teilnehmen. Die Bundesregierung hat eine Untersuchung zum Reiseverhalten von Familien in Auftrag gegeben, die 1983 abgeschlossen sein wird.

Die intensive Beteiligung am Urlaubstourismus und empirische Erhebungen zeigen, daß Familien mit Kindern der Urlaubsreise große Bedeutung beimessen. Erholung der Eltern von Arbeit und Haushalt wird mit unbelastetem Spiel und Spaß der Kinder verbunden. Gemeinsame Ferien von Eltern und Kindern können zu einem Ausgleich von Alltagsbelastungen aller Familienmitglieder führen und fördern das Zusammenleben in der Familie.

Bund, Länder und Gemeinden unterstützen die Familienerholung. Der Schwerpunkt der finanziellen Förderung durch den Bund liegt bei den Investitionshilfen für Familienferienstätten freigemeinnütziger Träger. Im Haushalt des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit sind dafür 3 Mio. DM jährlich bereitgestellt. Zusammen mit Mitteln der Zonenrandförderung können vom Bund zwischen 6 Mio. und 8 Mio. pro Jahr für die Förderung von Familienferienstätten aufgewandt werden. Bis ein-

schließlich 1981 belief sich das gesamte Fördervolumen des Bundes für diese Investitionshilfen auf rd. 130 Mio. DM.

Das Angebot umfaßt zur Zeit rd. 22 000 Betten in 203 Familienferienstätten, davon 45 Ferienstätten in evangelischer, 71 in katholischer und 87 in paritätischer Trägerschaft. Es ergänzt das gewerbliche Angebot von familienfreundlichen Urlaubsorten und -unterkünften. Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit erleichtert die Orientierung über geeignete Urlaubsunterkünfte durch eine jährliche Broschüre „Familienferien", die er gemeinsam mit dem ADAC herausgibt.

Das Angebot „Urlaub auf dem Bauernhof" in Deutschland wurde 1980/81 von 637 000 Urlaubern genutzt; weitere 474 000 Urlauber machten im Ausland Urlaub auf dem Bauernhof. Zusammen sind das 3 v. H. aller Urlaubsreisen dieses Jahres. Obwohl hierbei nicht ermittelt werden kann, wie viele Familien sich unter den Bauernhofurlaubern befanden, läßt die Struktur des Angebotes „Urlaub auf dem Bauernhof" die Annahme zu, daß die Nutzer ganz überwiegend Familien sind. Ein Urlaub auf einem Bauernhof bietet Kindern und Eltern besonders vielfältige Anregungen, Einblicke in die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Landwirte und einen großen Freiraum für naturnahe Betätigungen. Im übrigen ist ein derartiger Urlaub in der Regel auch vom Preis her für Familien mit Kindern interessant.

5. **Wie haben sich seit 1975 die Preise für den Urlaubsreiseverkehr, d. h. Reisen über einen Zeitraum von vier und mehr Übernachtungen im Inland, entwickelt? Wie verlief demgegenüber die Preisentwicklung in den wichtigsten ausländischen Konkurrenzländern?**

Im Rahmen der Verbraucherpreisstatistik werden auch Urlaubs- und Gesellschaftsreisen erfaßt, und zwar anhand der Kataloge deutscher Reiseveranstalter. Aus ihnen werden die Preise für Pauschalreisen (Fahrt, Übernachtung, Mahlzeiten) für die wichtigsten Feriengebiete entnommen. Dabei werden auch Ferienwohnungen und Campingplätze berücksichtigt. Die Preise werden getrennt für Sommer- und Winterreisen erfaßt und gehen als Untergruppenindizes in den Preisindex für die Lebenshaltung ein. Die Entwicklung von Juni bzw. Dezember 1975 bis Juni 1982 ist aus folgender Tabelle zu ersehen:

Preise für Urlaubs- und Gesellschaftsreisen aus dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
(Basisjahr 1976)

		1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
				Reisen im Sommer (Juni)					
Inland		97,5	101,8	106,7	111,9	116,7	125,3	132,2	140,9
darunter	Nordsee/Ostsee	97,5	101,8	107,1	114,1	119,9	128,2	135,8	146,9
	Schwarzwald	100,0	100,0	105,3	107,5	113,6	125,4	135,0	141,1
	Bayern	97,2	102,0	106,7	111,3	115,4	123,9	130,2	137,9
Ausland		96,7	102,4	106,3	112,1	118,9	135,2	146,4	152,9
darunter	Österreich	97,3	101,9	107,0	110,8	112,7	120,2	126,8	136,4
	Italien	95,7	103,1	104,1	111,7	117,2	144,8	160,3	160,2
	Jugoslawien	96,2	102,7	109,9	111,0	117,2	127,5	141,5	147,1
	Frankreich	97,5	101,8	102,6	109,0	118,3	129,4	145,2	155,1
	Spanien	96,7	102,3	106,6	114,9	128,8	150,1	160,4	166,5
	Schiff Mittelmeer	96,8	102,3	114,8	121,3	131,5	143,4	159,5	188,4
Insgesamt		97,0	102,2	106,5	112,0	118,1	131,7	141,5	148,7
				Reisen im Winter (Dezember)					
Inland		99,7	103,4	105,3	111,8	118,1	127,1	137,3	
darunter	Schwarzwald	99,6	104,9	105,5	110,3	117,2	127,9	139,7	
	Bayern	100,0	100,0	104,9	115,3	120,1	125,4	131,9	
Ausland		99,6	104,6	110,3	115,4	122,9	134,7	143,1	
darunter	Österreich	99,4	105,8	111,3	115,0	119,6	130,4	143,1	
	Italien	99,8	102,2	109,9	115,4	125,1	141,7	145,0	
	Schweiz	99,6	104,3	104,4	114,2	119,8	123,5	135,6	
	Spanien	99,3	107,4	112,4	117,8	133,5	140,8	143,1	
Insgesamt		99,6	104,3	109,0	114,4	121,6	132,7	141,6	

Vergleichbare Erhebungen für Individualreisen, die beim Inlandsurlaub einen Anteil von rd. 90 v.H., beim Auslandsurlaub von rd. 75 v.H. haben, gibt es nicht. Es kann davon ausgegangen werden, daß sich bei Individualreisen tendenziell eine gleichartige Preisentwicklung ergeben hat. Auch andere, private Untersuchungen bestätigen, daß Urlaubsreisen ins Ausland infolge höherer Preissteigerungsraten in den Zielländern, die nur teilweise durch Anpassung der Wechselkurse ausgeglichen wurden, sich im Durchschnitt mehr verteuert haben als Urlaubsreisen im Inland.

6. Welche Entwicklung hat in den letzten Jahren die Zahl der Inländer- und Ausländerübernachtungen genommen? Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um einen sich abzeichnenden Deutschlandtrend zu unterstützen?

Die Inländer- und Ausländerübernachtungen in der Bundesrepublik Deutschland haben sich nach der Beherbergungsstatistik des Statistischen Bundesamtes im Zeitraum 1970 bis 1981 wie folgt entwickelt:

Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben, Privatquartieren, auf Campingplätzen, in Jugendherbergen und Kinderheimen

Jahr	Insgesamt in Mio.	Ausländeranteil in Mio.	Ausländeranteil in v. H.
1970	214,2	20,0	9,3
1975	261,1	19,9	7,6
1978	274,6	23,5	8,6
1979	279,9	24,8	8,9
1980	284,3	26,6	9,4
1981*)	240,5	26,1	10,9

*) Ab 1981 neuer Berichtskreis nach Novellierung des Beherbergungsstatistikgesetzes (nur Betriebe mit neun und mehr Betten).

Aus der Statistik wird deutlich, daß die Übernachtungen im Tourismus jährlich zugenommen haben, die von Inländern um 1,9 v.H. in 1980 und um 0,4 v.H. in 1981.

Von einem Deutschlandtrend kann aber nicht gesprochen werden. Die Ausländerübernachtungen sind – nach Rückgängen Mitte der 70er Jahre – in den letzten Jahren deutlich stärker angestiegen als die Inländerübernachtungen (Erhöhung des Prozentanteils an allen Übernachtungen). Dies ist u. a. auch auf die aktive Tourismuswerbung im Ausland durch die DZT zurückzuführen. Auf die Antwort zur Frage 25 wird hingewiesen.

7. Wie schätzt die Bundesregierung auf Grund der bisher bei den Btx-Feldversuchen in Düsseldorf und Berlin gewonnenen Erfahrungen, die praktischen Anwendungsmöglichkeiten und die Auswirkungen auf die touristischen Nachfrager ein? Sieht die Bundesregierung Chancen, mit Hilfe dieser neuen Medien zusätzliche Gäste für den deutschen Fremdenverkehr zu gewinnen?

Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen führt seit Juni 1980 gemeinsam mit den Ländern Nordrhein-Westfalen und Berlin Bildschirmtext-Feldversuche durch. Dabei wird die Akzeptanz des Bildschirmtextes im privaten Bereich sowie in Berlin auch Verhalten und Wirkung von Anbietern und Angeboten untersucht, insbesondere auch für den Sektor Verkehr und Touristik.

Die Anbietergruppe für den Sektor Verkehr und Touristik hat einen herausragenden Anteil am Feldversuch. Die Erwartungen der touristischen Anbieter haben sich bisher im wesentlichen

erfüllt. Einige der touristischen Informationsanbieter haben auch schon das direkte Buchen von Reisen über Bildschirmtext erprobt.

Inwieweit sich die touristische Nachfrage durch den Einsatz von Bildschirmtext verändern wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Bei der Bildschirmtext-Information existiert praktisch keine Hemmschwelle mehr, sich der gebotenen touristischen Informationen zu bedienen, sobald der Haushalt mit dem erforderlichen Gerät ausgestattet ist. Von daher sieht die Bundesregierung gute Chancen der deutschen Fremdenverkehrswirtschaft, zusätzliche Gäste zu gewinnen. Dabei ist aber zu beachten, daß sich auch ausländische Anbieter sehr bald dieses Informationsweges zu deutschen Touristen bedienen werden. Für die Bildschirmtext-Information und -Werbung gilt letztlich auch, daß Qualität und Attraktivität von Information und Leistungsangebot über den Erfolg entscheiden werden.

8. Wie haben sich in den vergangenen drei Jahren die Ausgaben der deutschen Urlauber im Ausland und die Deviseneinnahmen von ausländischen Urlaubern in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt?

Die Statistik der Deutschen Bundesbank weist für die Deviseneinnahmen von ausländischen Touristen und für die Devisenausgaben deutscher Touristen in den letzten drei Jahren folgende Entwicklung aus:

Jahr	Devisen Einnahmen im Reiseverkehr in Mrd. DM	Devisen Ausgaben im Reiseverkehr in Mrd. DM
1979	10,6	32,3
1980	11,9	37,4
1981	14,3	40,3

Hierbei sind nicht nur Urlaubsreisen, sondern alle Arten des Reiseverkehrs einschließlich der Geschäfts- und Dienstreisen und auch der Tagesausflugsreisen über die Grenzen einbezogen. Andererseits sind dabei die Ausgaben für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, soweit die Benutzungsausweise im Inland erworben werden, nicht einbezogen.

Für die Urlaubsreisen deutscher Touristen ins Ausland enthält die Mikrozensuserhebung über Urlaubs- und Erholungsreisen auch Angaben über die Gesamtaufwendungen der Touristen für Urlaubsreisen ins Ausland, sofern die Reisen mindestens fünf Tage dauerten. Dabei wird allerdings nicht ermittelt, zu welchen Anteilen diese Ausgaben im Inland oder im Ausland geleistet wurden. Beispielsweise entfällt bei Pauschalreisen ins Ausland der überwiegende Teil der Ausgaben des Touristen auf die Zahlung des Reisepreises an den Veranstalter im Inland, wovon der

Übernachtungen von Auslandsgästen nach Bundesländern im Jahr 1980
(ohne Campingplätze, Jugendherbergen und Kinderferienheime)

Bundesland	Übernachtung in 1 000	Anteil der Ausländerübernachtungen an den Gesamtübernachtungen in v. H.
Schleswig-Holstein	518	2,3
Hamburg	978	33,5
Niedersachsen	1 257	4,6
Bremen	192	25,5
Nordrhein-Westfalen	3 767	12,2
Hessen	3 460	12,6
Rheinland-Pfalz	2 392	16,3
Baden-Württemberg	3 893	8,6
Bayern	5 399	7,4
Saarland	133	11,1
Berlin (West)	735	21,2
Bundesgebiet	22 724	9,1

Von den ausländischen Touristen übernachteten nach absoluten Zahlen die meisten in Bayern, gefolgt von Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Diese Reihenfolge hat sich in den letzten Jahren nicht verändert. Beim prozentualen Anteil der Ausländerübernachtungen an allen Touristenübernachtungen liegen die Stadtstaaten mit Abstand an der Spitze. Es folgen die Flächenländer Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Dabei ist zu beachten, daß die Beherbergungsstatistik nicht nach dem Reisemotiv unterscheidet, so daß gesonderte Angaben über die von ausländischen Urlaubern bevorzugten Regionen nicht möglich sind. Abgesehen von den Stadtstaaten, in denen der Anteil der Geschäftsreisenden erfahrungsgemäß relativ hoch ist, wird der Anteil der Urlauber an den gesamten Touristenübernachtungen auf deutlich über 50 v. H. geschätzt.

Für ausländische Campingplatzgäste ergibt sich wegen der unterschiedlichen Campingplatzdichte in den Bundesländern eine andere regionale Verteilung:

Übernachtungen der ausländischen Gäste auf den Campingplätzen nach Ländern im Sommerhalbjahr 1980

Bundesland	Übernachtungen	Anteil der Ausländerübernachtungen an den Gesamtübernachtungen in v.H.
Schleswig-Holstein	110 255	1,3
Hamburg	23 864	82,1
Niedersachsen	288 453	9,8
Bremen	—	—
Nordrhein-Westfalen	431 026	46,7
Hessen	220 238	19,4
Rheinland-Pfalz	754 597	45,0
Baden-Württemberg	799 466	31,8
Bayern	564 950	19,9
Saarland	17 747	24,5
Berlin (West)	26 933	39,3
Bundesgebiet	3 237 529	15,8

10. Verfügt die Bundesregierung über gesicherte Unterlagen, welche Mittel die mit uns konkurrierenden Fremdenverkehrsländer für Tourismuswerbung im Ausland aufgewendet haben?

Die Bundesregierung verfügt über keine gesicherten Unterlagen, welche Mittel die mit uns konkurrierenden Fremdenverkehrsländer für die Tourismuswerbung im Ausland aufwenden. Sie verfügt lediglich über Angaben der Auslandsvertretungen der DZT, die diese von den verschiedenen nationalen Fremdenverkehrs-Werbeorganisationen erhalten haben. Daraus lassen sich folgende Annahmen ableiten:

Budgets der wichtigsten mit der DZT konkurrierenden ausländischen Werbeorganisationen

Land	Budget 1981 in Mio. DM
Großbritannien[2])	94,7
Dänemark	21,3
Schweden[1]) [2])	18,0
Frankreich[1]) [2])	62,8
Niederlande[2])	24,5
Schweiz[2])	25,4
Österreich[2])	37,4
Italien[1]) [2])	60,0
Kanada[1])	56,7
zum Vergleich:	
Deutschland (DZT)	33,0

1) Die Werbeorganisation ist als Behörde oder Teil einer Behörde organisiert.
2) Die Werbeorganisation ist auch für die Inlandswerbung zuständig.

höheren Fördersatz gefördert werden. Eine Änderung dieser regionalpolitisch begründeten Staffelung der Förderhöchstsätze für Vorhaben des Fremdenverkehrsgewerbes wird in den Gremien der Gemeinschaftsaufgabe derzeit nicht erwogen.

15. Wie werden die weiteren wirtschaftlichen Erfolgsaussichten der sogenannten Fremdenverkehrsgroßobjekte, die vor allem Anfang der 70er Jahre entstanden sind, beurteilt? Wie beurteilt die Bundesregierung die fremdenverkehrspolitische Bedeutung von Zweitwohnungen in Fremdenverkehrsgebieten?

Die Bundesregierung beurteilt die Erfolgsaussichten der Fremdenverkehrsgroßobjekte (Ferienparks oder -zentren, Feriendörfer) insgesamt postitiv. Derartige Anlagen bieten unterschiedliche Wohnmöglichkeiten (z. B. Hotel und Ferienwohnung) mit betriebseigenen Freizeiteinrichtungen sowie Einkaufsmöglichkeiten und Angebote an sonstigen Dienstleistungen.

Die nachfragebezogene Entwicklung ging hier über einfache naturverbundene Anlagen für preiswerten Urlaub (insbesondere für Familien) zu größeren komfortablen Zentren (Mittelgebirge und Ostsee) mit gehobener Infrastruktur und entsprechenden Freizeiteinrichtungen. Neuere Anlagen zeichnen sich insbesondere durch umweltfreundliche Gestaltung (Baustil und Einpassung in die Landschaft) aus und durch das Bemühen, eine bessere Belegung über die Saisonzeiten hinaus durch ein erweitertes Angebot für Sport und Ausbildungskurse sowie Tagungen und Wochenendaufenthalte zu erreichen. Das Ferienangebot derartiger Einrichtungen entspricht häufig auch der Nachfrage ausländischer Touristen.

Bei der Beurteilung von Zweitwohnungen in Fremdenverkehrsgebieten, die nicht der gewerblichen Vermietung zur Verfügung stehen, muß nach den lokalen Voraussetzungen und Gegebenheiten unterschieden werden. In Gebieten, deren Leistungsfähigkeit für den Fremdenverkehr nicht ausgeschöpft ist, erscheint die Errichtung von Zweitwohnungen weithin vertretbar. In stark ausgelasteten Fremdenverkehrsgebieten und in Kurorten können jedoch Probleme dadurch entstehen, daß Infrastruktur und Fremdenverkehrseinrichtungen während der Hauptsaison überbeansprucht, in der übrigen Zeit jedoch nicht ausgelastet sind. Ein hoher Anteil von Zweitwohnungen kann zudem den Fremdenverkehrscharakter solcher Orte mindern. Fehlentwicklungen dieser Art können die Gemeinden jedoch im Rahmen des Bundesbaugesetzes, der Baunutzungsverordnung und durch pivatrechtliche Regelungen entgegenwirken.

16. Wie hat sich die Verteuerung der Energie in den letzten Jahren auf die Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit des Fremdenverkehrsgewerbes in unserem Land ausgewirkt? Sind Einrichtungen für Fremdenverkehr und Erholung, z. B. Hallenbäder, bereits stillgelegt bzw. hat ihre Nutzung eingeschränkt werden müssen?

Untersuchungsergebnisse über die Auswirkungen der Energieverteuerung auf Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit des Fremdenverkehrsgewerbes liegen der Bundesregierung nicht vor. Die regional nur geringfügigen Energiepreisunterschiede haben im Inland keinerlei Wettbewerbsverzerrungen bewirkt. Im internationalen Vergleich mit den wichtigsten Zielländern deutscher Touristen in Europa hat das relativ günstige deutsche Energiepreisniveau die Konkurrenzsituation für das deutsche Fremdenverkehrsgewerbe eher verbessert.

Eine Schließung öffentlicher Fremdenverkehrseinrichtungen aus Energiegründen ist der Bundesregierung nicht bekannt. Der Deutsche Städtetag hat zwar über umfangreiche Energiesparmaßnahmen bei seinen Mitgliedern und damit verbundene Einschränkungen vor allem im Bereich der öffentlichen Frei- und Hallenbäder berichtet. Von typischen Erholungsorten sind Schließungen wichtiger Infrastruktureinrichtungen nicht bekanntgeworden.

Eine größere Zurückhaltung erwartet die Bundesregierung beim Neubau energieintensiver Fremdenverkehrseinrichtungen. Dies wird angesichts des hohen Grades der Bedarfsdeckung aber kaum fremdenverkehrswirtschaftliche Auswirkungen haben.

17. Wie hat sich in den letzten Jahren die Nutzung der verschiedenen Fremdenverkehrsmittel bei der Fahrt in den Urlaub entwickelt? Haben sich die hohen Benzinpreise bzw. der ständige Anstieg der Preise der Deutschen Bundesbahn (DB) sowie Streckenstillegungen bei der Wahl des Verkehrsmittels ausgewirkt?

Nach den Ergebnissen der Mikrozensuserhebungen über Urlaubs- und Erholungsreisen verteilt sich die Nutzung der verschiedenen Verkehrsmittel in v. H. aller Inlands- und Auslandsreisen wie folgt:

Verkehrsmittel	1978/79	1979/80 (jeweils 1. April bis 31. März)	1980/81
Pkw	63,1	63,2	64,3
Bahn	15,2	15,0	13,8
Flugzeug	12,4	12,4	12,5
Bus	6,9	7,0	7,7
Sonstige	2,3	2,5	1,8

Die Pkw-Benutzung für Urlaubsreisen ist von 1978/79 auf 1980/81 um 1,2 Prozentpunkte gestiegen; das entspricht einer Zunahme

Hotel- und Gaststättengewerbe, obwohl die Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen in Betrieben des Hotel- und Gaststättengewerbes meist unter der Zahl der Stellenbewerber lag. In diesem Jahr ist die Zahl der Stellenangebote aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe gegenüber dem Vorjahr in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken zwischen 5 v.H. und 15 v.H. zurückgegangen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Bewerber. Auch nach Pressemeldungen besteht im Hotel- und Gaststättengewerbe kein wesentlicher Arbeitskräftemangel mehr.

Bei der Anwerbung von Arbeitskräften für das Hotel- und Gaststättengewerbe in anderen Mitgliedstaaten der EG hat sich ergeben, daß beim Fachpersonal das Interesse nichtdeutscher Bewerber geringer war als erwartet. Das gilt z.B. für das Projekt zur Weiterbildung von Fachkräften des Hotel- und Gaststättengewerbes aus Sizilien im Landesarbeitsamtsbezirk Berlin.

Ungelernte und angelernte Arbeitskräfte für das Hotel- und Gaststättengewerbe wurden vornehmlich im Rahmen einer besonderen Aktion für den Raum Berchtesgaden in Industriegebieten Großbritanniens angeworben. Wenn es hier auch wegen der unterschiedlichen Vorstellungen von Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu Schwierigkeiten kam, war diese Anwerbeaktion insgesamt jedoch erfolgreich. Die Vermittlung mehrerer hundert britischer Arbeitnehmer hat dazu beigetragen, in der Saison 1981 den Arbeitskräftebedarf des Hotel- und Gaststättengewerbes zu decken.

Für das Jahr 1982 war wieder eine Anwerbung von Saisonarbeitskräften aus Großbritannien vorgesehen. Sie unterblieb, weil die wenigen freien Stellen aus dem Bestand der gemeldeten Bewerber besetzt werden konnten.

20. **Was gedenkt die Bundesregierung erforderlichenfalls zu unternehmen, um die Beschäftigung von Aushilfskräften einer praktikablen Lösung zuzuführen? Warum wurde hier bisher nicht dem Bedürfnis der Praxis Rechnung getragen, Aushilfskräfte netto entlohnen zu lassen und eine praktikablere Pauschalregelung anzuwenden?**

Die Bundesregierung verweist auf ihre Stellungnahme vom 29. Juli 1982 zum Gesetzentwurf des Bundesrates zur Vereinfachung der Lohnsteuerpauschalierung (Drucksache 9/1886). Andererseits verkennt sie nicht die Schwierigkeiten, die sich in einzelnen Bereichen aus dem Bescheinigungsverfahren ergeben können. Sie ist deshalb bereit, Lösungen mitzutragen, die die Probleme in der Praxis verringern, wenn zugleich auch der für die Einführung des Bescheinigungsverfahrens maßgeblichen Zielsetzung Rechnung getragen wird.

21. Wie hoch ist derzeit die Zahl der offenen Ausbildungsplätze im Gaststättengewerbe? Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, ausbildungshemmende Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes abzubauen, damit dem erhöhten Bedarf von Ausbildungsplätzen Rechnung getragen werden kann?

Statistisch werden grundsätzlich nur diejenigen Ausbildungsplätze erfaßt, die der Bundesanstalt für Arbeit von den Unternehmen des Gastgewerbes für die Ausbildungsstellenvermittlung gemeldet werden. Ende Mai 1982 waren bei den Arbeitsämtern noch 1 444 offene Ausbildungsplätze für den Beruf des Kochs/der Köchin, 772 für Fachgehilfen/Fachgehilfinnen im Gastgewerbe und 102 für Kaufmannsgehilfen/Kaufmannsgehilfinnen im Hotel- und Gaststättengewerbe gemeldet. Die Zahlen der offenen Ausbildungsplätze in den übrigen Berufen des Gastgewerbes werden – wie auch in vielen anderen Ausbildungsberufen – zur Zeit von der Bundesanstalt für Arbeit nicht im einzelnen ausgezählt.

Nach Auffassung der Bundesregierung sollte die Ausbildung der Jugendlichen durch Anpassung von Arbeitszeitvorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes an die heutigen Erfordernisse verbessert werden. Die Bundesregierung wird dazu entsprechend ihrer Stellungnahme zu dem vom Bundesrat eingebrachten Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes (Drucksache 9/2040) konkrete Vorschläge bei den parlamentarischen Beratungen dieses Gesetzentwurfs machen.

22. Welche Vorstellungen hat der Bund, um die qualitativen Anforderungen für die Gründung selbständiger Existenzen auf dem gastronomischen Sektor zu erhöhen?

Höhere qualitative Anforderungen für die Gründung selbständiger Existenzen auf dem gastronomischen Sektor wären zugleich neue Barrieren für den Versuch, sich in dieser Branche selbständig zu machen. Nach Ansicht der Bundesregierung vermag keiner der Gründe, die für weitergehende Anforderungen, etwa einen Sachkundennachweis, vorgetragen werden, derartige Marktzugangsbarrieren zu rechtfertigen. Auf die Antworten zu den Fragen 3 und 4 der Kleinen Anfrage zur Lage des Hotel- und Gaststättengewerbes vom 24. Juli 1978 (Drucksache 8/2007) wird Bezug genommen; sie gelten unverändert.

23. Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse, wie sich das seit dem 1. Januar 1981 gültige Beherbergungsstatistikgesetz, das Beherbergungsstätten von einem bis acht Fremdenbetten statistisch nicht mehr erfaßt, auf die fremdenverkehrspolitischen Überlegungen sowie auf die Maßnahmen der Kommunen, des Fremdenverkehrsgewerbes und der Verbände ausgewirkt hat? Ist die Bundesregierung erforderlichenfalls bereit, das Gesetz zu novellieren, besonders im Hinblick auf die Wiedereinbeziehung der offensicht-

lich notwendigen Erfassung der Privatzimmervermietung, auf die in einzelnen Bundesländern bis zu 40 v. H. der gesamten Übernachtungskapazität entfällt?

Der Bundesregierung war bei der Erstellung des Entwurfs des Beherbergungsstatistikgesetzes vom 14. Juli 1980 (BGBl. I S. 953) bekannt, daß das geänderte Konzept dieser Statistik zu empfindlichen Informationsverlusten insbesondere für die Mehrheit der Flächenländer und für die fremdenverkehrsintensiven Kommunen sowie ihre Verbände führt. Sie sah sich jedoch veranlaßt, dem Drängen der Länder nach Verminderung des Umfangs von Statistikanforderungen zu entsprechen. Im Ergebnis sind rd. 110 000 bislang Berichtspflichtige aus der Berichtspflicht nach dem Beherbergungsstatistikgesetz entlassen worden. Bundestag und Bundesrat haben wegen des Verzichts auf Informationen über die Touristenbeherbergung in Beherbergungsstätten mit weniger als neun Betten während der Beratung des Gesetzes erhebliche Bedenken geltend gemacht, dem Gesichtspunkt der Entlastung von Berichtspflichtigen jedoch Priorität gegeben.

Dabei wurde davon ausgegangen, daß Länder und Kommunen die von der Bundesstatistik seit 1. Januar 1981 nicht mehr bereitgestellten Informationen aus anderen Quellen beschaffen können. In zwei Bundesländern bestehen dafür landesgesetzliche Grundlagen, ein weiteres Land hat sich für ein System freiwilliger Berichterstattung ausgewählter fremdenverkehrsintensiver Gemeinden entschieden. In den übrigen Bundesländern ist bisher keine Regelung zur Deckung des entsprechenden Informationsbedarfes erfolgt.

Der Bundesrat hat inzwischen empfohlen, im Zuge des vorgesehenen Statistikbereinigungsgesetzes das Beherbergungsstatistikgesetz vom 14. Juli 1980 dahin gehend zu ergänzen, daß die Kommunen mit einem beachtlichen Übernachtungstourismus einmal jährlich in Form von Sammelmeldungen auch über die vom Beherbergungsstatistikgesetz nicht erfaßten Übernachtungen berichten. Damit wird eine gesetzliche Grundlage für die Einschaltung der Kommunen in die Berichterstattung zur Beherbergungsstatistik und für eine Erfassung des Gesamtumfangs der Beherbergung in den fremdenverkehrsintensiven Gemeinden angestrebt. Die Bundesregierung vertritt hierzu die Auffassung, daß eine Wiederausweitung der Berichtspflicht vermieden werden sollte, zumal Erfahrungen mit der neugestalteten Statistik noch nicht vorliegen.

Die Bundesregierung hat zu keiner Zeit bezweifelt, daß umfassendere Informationen über Umfang und Struktur der Touristenbeherbergung in den fremdenverkehrsbedeutsamen Gemeinden und Regionen benötigt werden, u. a. um Planungs- und Förderungsvorhaben auf gesicherter Grundlage beurteilen zu können. Sie ist deshalb auch bereit, nach Vorliegen ausreichender Erfahrungen eine Ergänzung des Beherbergungsstatistikgesetzes unter weitgehender Vermeidung zusätzlicher Belastungen von Beherbergungsstätten zu prüfen, wenn sich eine Befriedigung des unbestrittenen Informationsbedarfs nicht auf anderem Wege zufriedenstellend erreichen läßt.

24. Hat die Einschränkung der Heilkuren sich spürbar auf die Bäderorte und Heilkurorte ausgewirkt? Wie war die Kapazitätsauslastung in den vergangenen Jahren, und welche Prognosen können für die nächste Zeit gestellt werden?

Stehen die bei den Kuren erzielten tatsächlichen Einsparungen in einem sinnvollen Verhältnis zu den zusätzlichen Beschäftigungsproblemen in den Heil- und Seeheilbädern?

In welchem Umfang sich die Einschränkungen bei der Kur im Rahmen der sog. Operation '82 ausgewirkt haben, läßt sich zur Zeit noch nicht beantworten. Statistisches Material über die Bewilligung und Durchführung von Kuren im Jahr 1982 fehlt noch. Nach bisherigen Informationen ist damit zu rechnen, daß im ersten Halbjahr 1982 kaum oder allenfalls ein geringer Rückgang von Kuren zu verzeichnen sein wird.

Allerdings sind die Anträge auf Kuren bei den Rentenversicherungsträgern im 1. Halbjahr 1982 um rd. 28 v. H. im Vergleich zum 1. Halbjahr 1981 zurückgegangen. Die Bundesregierung ist jedoch der Auffassung, daß hierfür in erster Linie die derzeitige Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage ursächlich ist, die manchen Versicherten aus Sorge um seinen Arbeitsplatz zum Verzicht auf einen Kurantrag veranlaßt. Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß der Anteil der von den Sozialleistungsträgern insgesamt durchgeführten oder bezuschußten Kuren an dem gesamten Kurgeschehen nur 25 v. H. beträgt. Die in diesem Bereich vorgenommenen Einschränkungen bei der Kur können sich daher nicht entscheidend auf die wirtschaftliche Entwicklung der Heilbäder und Kurorte auswirken.

Zu beachten ist auch, daß die Zahl der Kurgäste aus dem Bereich der Sozialleistungsträger im Jahr 1981 ihren Höchststand erreicht hat. Am Jahresende 1981 hatten allein die Rentenversicherungsträger einen Überhang an bewilligten, aber noch nicht durchgeführten Kuren, der um 100 000 Kuren größer als sonst an einem Jahresende war, nicht zuletzt, weil zahlreiche Versicherte wegen der ab 1982 vorgesehenen Regelungen vorsorglich einen Kurantrag gestellt hatten.

Die Bundesregierung geht von Einsparungen bei Rehabilitationskuren der Rentenversicherungsträger durch die Operation '82 in Höhe von 450 Mio. DM jährlich aus. Wegen des Kurüberhangs aus dem Jahre 1981 wird dieses Ziel 1982 nicht erreicht werden. Im Gegenteil: In den ersten sieben Monaten dieses Jahres haben die Rentenversicherungsträger rd. 5 v. H. mehr für Kuren aufgewendet als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der angestrebten Einsparung entspräche eine Abflachung der sehr hohen Kurzahlen des Jahres 1981 um 13 v. H. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß sich hieraus grundsätzlich keine Beschäftigungsprobleme ergeben sollten. Bereits vor Jahren hat sie die Heilbäder und Kurorte darauf hingewiesen, daß nicht mit einem ständigen Zuwachs von Kurgästen der Sozialleistungsträger gerechnet werden dürfe. Sie empfahl ihnen in Übereinstimmung mit den Bundesländern, die Infrastruktur der Heilbäder und Kurorte auch darauf auszurichten, daß z. B. gesundheitsbewußte Urlauber verstärkt ihre Angebote nutzen.

Mit der Beschränkung der Ausgaben für Kuren auf der Basis des Jahres 1980 durch das KVEG wurde das Ziel verfolgt, in den Jahren 1982 und 1983 einem weiteren überproportionalen Anwachsen der Ausgaben (1980 + 19 v. H.; 1981 + 9 v. H.) entgegenzuwirken und die Kurmaßnahmen stärker als bisher an der medizinischen Notwendigkeit zu orientieren. Aussagen über die Auswirkungen des KVEG im Kurbereich können erst im Herbst 1983 gemacht werden, da erst dann das erforderliche statistische Zahlenmaterial zur Verfügung steht. Im übrigen kann es auch nicht Aufgabe der Krankenversicherung sein, über das medizinisch notwendige Maß hinaus Ausgaben zu bestreiten.

Auch in Kenntnis zahlreicher Pressemeldungen über eine erforderliche Verminderung der Zahl der Beschäftigten in Kurbetrieben vermag die Bundesregierung so lange nicht zu möglichen Beschäftigungsproblemen in Heilbädern und Kurorten Stellung zu nehmen, als ihr nicht verläßliche Statistiken vorliegen; um solche wird sie sich bemühen.

25. Ist sichergestellt, daß durch eine weitgehende Abstimmung zwischen Bund und Ländern eine optimale Fremdenverkehrswerbung betrieben wird? Um welche konkreten Maßnahmen handelt es sich gegebenenfalls, und wo sieht die Bundesregierung eventuell noch Verbesserungsmöglichkeiten?

Bund und Länder haben grundsätzlich getrennte Aufgaben bei der Förderung der Fremdenverkehrswerbung, die von der Fremdenverkehrswirtschaft und ihren Zusammenschlüssen (Verbänden) betrieben wird. Die Förderung der Tourismuswerbung gegenüber Inländern, in der die Orte und Regionen deutlich als Wettbewerber untereinander auftreten, ist Sache der Länder. Gleichermaßen ist uneingeschränkt anerkannt, daß die Förderung der deutschen Tourismuswerbung im Ausland, bei der es um die Gewinnung von ausländischen Touristen geht, der Bundesregierung obliegt.

Die Gestaltung der Tourismuswerbung im Ausland, die von der Deutschen Zentrale für Tourismus e. V. (DZT) durchgeführt wird, geschieht in ständiger enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der DZT und den regionalen Fremdenverkehrsverbänden sowie den großen Städten. Deren Vertreter haben Sitz und Stimme in dafür gebildeten Gremien der DZT, denen zusätzlich auch Vertreter der Länder angehören. Diese Zusammensetzung der die DZT-Werbung beratenden und gestaltenden Gremien, die sich auch mit den DZT-Maßnahmen zur Absatzförderung, z. B. der Einbringung konkreter Angebote in die Kataloge ausländischer Veranstalter, befassen, sichert eine bestmögliche Berücksichtigung der großen Vielfalt des deutschen touristischen Angebots für Ausländer in der DZT-Werbung. Die DZT und alle Beteiligten arbeiten nach besten Kräften im Werbeverbund zusammen. Die Bundesregierung sieht daher keinen Anlaß für Änderungen.

Die Bundesregierung fördert daneben seit einigen Jahren eine zentrale, gemeinschaftliche Inlandswerbung der Fremdenverkehrsverbände, mit der versucht wird, der Werbung ausländischer Zielgebiete um deutsche Urlauber eine Anregung zum Urlaub im eigenen Land gegenüberzustellen.

Dafür wurden 1981/82 rd. 1 Mio. DM eingesetzt, von denen die Fremdenverkehrsverbände rd. 600 000 DM aufbrachten. Der Bund gab einen Zuschuß von knapp 40 v. H. Angesichts knapperwerdender Haushaltsmittel wird es Aufgabe der Beteiligten sein, dafür eine neue gemeinsame Marketingkonzeption zu finden.

26. Welche Auswirkungen hat die Staffelung der Sommerschulferien über eine Periode von drei Monaten sowohl auf die Verkehrsbelastung unserer Straßen als auch die Auslastung der Fremdenverkehrseinrichtungen gehabt? Lassen sich hier gegebenenfalls noch weitere Verbesserungen erreichen?

Die Staffelung der Sommerferien durch Verteilung des Ferienbeginns auf sechs Ländergruppen mit jeweils mindestens einwöchigem Abstand und damit Streckung des gesamten Sommerferienzeitraums auf drei Monate von Mitte Juni bis Mitte September, durch das langfristig im voraus festgelegte sog. Rollieren der Sommerferientermine der Ländergruppen, durch Ferienbeginn am Donnerstag und durch die weitgehende Vermeidung ungünstiger Terminüberschneidungen mit Ferienbeginnterminen im Ausland wird nach Kenntnis der Bundesregierung von fast allen Betroffenen als befriedigend angesehen.

Hierdurch können die größten Verkehrsspitzen abgeflacht und die Verkehrsstaue auf einen geringen Umfang zurückgeführt werden. Größere Streckenbelastungen treten aber immer wieder auf bei Ferienbeginn und mitunter auch bei Ferienende im bevölkerungsdichtesten Land Nordrhein-Westfalen.

Auch für die deutschen Feriengebiete hat sich eine sehr viel ausgeglichenere Kapazitätsauslastung in den Sommermonaten bei geringerer Spitzenbelastung ergeben, die letztlich der Qualität der Leistungen und damit unmittelbar den Urlaubern zugute kommt. Die intensive Erörterung der Schulferienstaffelung im Sommer hat zudem die Bereitschaft der nicht von den Schulferien abhängigen Urlaubern erhöht, den Schulferienzeitraum nach Möglichkeit für die eigene Urlaubsreise zu meiden. Trotz der starken Zunahme des Urlaubstourismus in den beiden letzten Jahrzehnten ging dadurch der Anteil der Monate Juli und August auf 44 v. H. aller Urlaubsreisen eines Jahres zurück; 1962 entfielen noch 59 v. H. aller Urlaubsreisen auf die beiden Sommermonate.

Die Sommerschulferienstaffelung in der Bundesrepublik Deutschland wird heute weltweit als vorbildlich angesehen. Immer mehr europäische und außereuropäische Länder bemühen sich, ebenfalls eine geeignete Ferienstaffelung zu verwirklichen, z. T. auch um ungünstige Überschneidungen mit den Ferienterminen der großen deutschen Flächenländer zu vermindern.

Im Hinblick auf den in den letzten Jahren deutlich angestiegenen Anspruch der abhängig Beschäftigten auf Urlaub vom Arbeitsplatz – rd. 77 v.H. haben inzwischen mindestens fünf Wochen Urlaub im Jahr – erscheint es allerdings immer dringender, auch eine entsprechende Staffelung der sog. Nebenferien der Schulen zu verwirklichen, soweit solche Nebenferien-Zeiträume auch Urlaubsreisen zulassen können. Der Schulferienausschuß der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder hat sich im Prinzip bereit erklärt, nach Abschluß seiner derzeit laufenden Arbeiten in eine Erörterung dieser Fragen einzutreten.

27. Gibt es gesicherte Erkenntnisse, ob in bestimmten Urlaubsgebieten oder Naherholungsgebieten die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit bereits erreicht sind?

Im Rahmen der Naturschutz- und Raumordnungsgesetze sowie der baurechtlichen und sonstigen Vorschriften des Bundes und der Länder müssen die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit in den Urlaubs- oder Naherholungsgebieten berücksichtigt werden. Die dafür erforderlichen Beurteilungskriterien sind im wesentlichen von sehr unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten abhängig.

Der Bundesregierung ist bekannt, daß in einigen Urlaubsgebieten und Schwerpunkten der Naherholung Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft aufgetreten sind. Wegen der bestehenden methodischen Schwierigkeiten gibt es aber keine wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse, inwieweit Grenzen der ökologischen Belastbarkeit im Einzelfall bereits erreicht sind.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333